

BUNTE LISTE

Nr. 6, Januar 1991

INFO

Ein Jahr nach dem Antrag der BUNTEN LISTE :

Quelle Eschborn vom Netz!

Trinkwasser in Malsfeld ist (etwas) sauberer geworden

Seitdem die BUNTE LISTE ins Malsfelder Gemeindeparlament eingezogen ist, war das Thema "Trinkwasserversorgung" der Schwerpunkt unserer kommunalpolitischen Arbeit. Durch unserer Anfrage gelangte an die Öffentlichkeit, daß die Quelle "Am Eschborn" zu hohe Nitratwerte aufwies. Sie konnte nur noch mit einer Ausnahmegenehmigung des Landes Hessen betrieben werden.

Da eine Ausnahmegenehmigung die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen natürlich nicht beseitigt, beantragten wir daraufhin das Abschalten der Quelle.

Dies lehnte die Gemeindevertretung am 14.11.1989 ab (2 Ja-, 18 Nein - Stimmen)

Ein Jahr später mußte sich die Gemeinde dem Druck der Tatsachen beugen: Die Quelle wurde aus der Trinkwasserversorgung ausgeschieden.

So wurde unser Ziel doch noch erreicht: Die Nitratbelastung für die Einwohner im OT Malsfeld wurde deutlich gesenkt!

Gute Nachrichten also!

Probleme noch nicht gelöst

Doch mit diesem Schritt ist noch lange kein sauberes Trinkwasser erreicht. Nach wie vor hat die Mehrheit der Wasserverbraucher in der Gemeinde Wasser mit Nitratgehalten von über 30 mg je Liter! Und die Werte steigen weiter an!

Die BUNTE LISTE fordert deshalb ein umfassendes Trinkwassersanierungsprogramm für unserer Gemeinde. Nur durch ein Bündel weitreichender Maßnahmen kann erreicht werden, daß alle Bürgerinnen und Bürger der Großgemeinde in den kommenden Jahren sauberes Trinkwasser erhalten.

(ausführlicher Artikel

ab Seite 2)



Umweltschutz konkret

Liebe Leserinnen,

liebe Leser !

Die BUNTE LISTE

wünscht Ihnen ein

frohes und glückliches, besonders

aber ein friedliches Jahr 1991 !



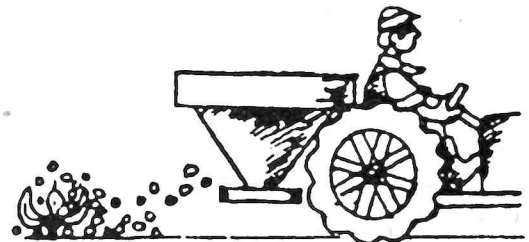
Unser Programm zur Trinkwassersanierung

Die Zeiten, in denen die Wasserhähne zumindest in ländlichen Gebieten noch sauberes, einwandfreies und wohlschmeckendes Trinkwasser ausspuckten, sind längst vorbei.

Die zunehmende Umweltverschmutzung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf unser wichtigstes Lebensmittel, das Wasser. Hauptverursacher der Trinkwasserverschmutzung ist bei uns, wie in fast allen dörflichen Gebieten, die Landwirtschaft.

Die hohe und weiter steigende Nitratbelastung ist vor allem auf den Einsatz von Stickstoff-Mineraldüngern zurückzuführen.

Aber nicht nur die Landwirtschaft ist der "Sündenbock". Die Luftverschmutzung durch Auto, Heizung und Industrien führt zu einer Versauerung des Bodens und des Wassers.



Wie sieht es in Malsfeld aus ?

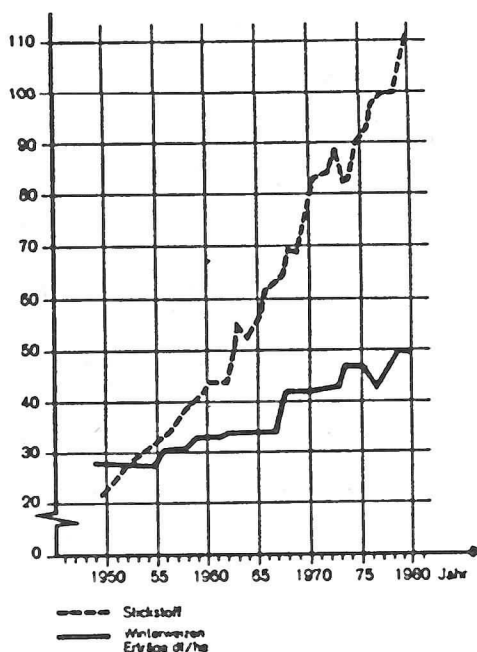
Mit hohen Nitratwerten haben wir es in Malsfeld schon seit geraumer Zeit zu tun. Hier liegen Untersuchungsergebnisse vor.

Aus den gleichen Untersuchungen geht auch hervor, daß die Wasserqualität in den Hochbehältern mangelhaft ist. Die Trinkwasserbefunde verzeichnen "ungünstige mikrobiologische Befunde". Ob hierfür die mangelhafte Pflege der Anlagen oder andere Ursachen verantwortlich sind, wissen wir nicht. Wir bemühen uns derzeit um Aufklärung.

Über die Belastung unseres Wassers mit Pestiziden und anderen Schadstoffen gibt es noch keine umfassenden Untersuchungen.

Die Nitratbelastung unseres Wasser, gemessen am 28.9.89, wollen wir ihnen nicht vorenthalten:

Entwicklung des Stickstoffdüngerverbrauchs und der Weizenerträge in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950



Eine weitere Zeitbombe wandert in Form der Pestizide (Pflanzenschutzmittel) auf unser Trinkwasser zu. Diese Stoffe gelangen teilweise erst 10-15 Jahre nach ihrer Ausbringung ins Trinkwasser. Selbst wenn also ab sofort keine Pestizide mehr ausgebracht würden, hätten wir noch 15 Jahre lang steigende Werte im Wasser.

	mg je l:
Tiefbrunnen Ostheim	29,9
TB Clausbach, Malsfeld	0,6
TB Dagobertshausen	0,4
TB Beiseförth	4,6
Quelle Eschborn	67,7

Der gesetzliche Höchstwert beträgt in den EG-Ländern 50 mg je Liter. Dieser Wert ist im internationalen Vergleich recht hoch. In den USA beträgt der Grenzwert 10 mg/l, selbst in der ehem. DDR lag er bei 40 mg.

Fortsetzung auf Seite 3

UNSER PROGRAMM ZUR TRINKWASSERSANIERUNG

Fortsetzung von Seite 2

Da der Brunnen Ostheim im Moment der Hauptversorger in der Gemeinde ist, hat die Mehrheit der Wasserabnehmer in der Gemeinde nach Abschaltung der Eschborn-Quelle einen Nitratgehalt von 30 mg je Liter.

Wären in unserer Gemeinde US-Soldaten stationiert, dürften Sie dieses Wasser nicht trinken!

Wie gefährlich ist Nitrat ?

30 mg je Liter hört sich erst einmal gar nicht so viel an.

Berücksichtigt man jedoch, daß im Laufe eines Lebens ca. 50.000 Liter Wasser in den menschlichen Körper gelangen, so kommt man auf stolze 1,5 Kilogramm!

Dazu kommt ja noch die Nitratbelastung aus anderen Lebensmitteln, insbesondere aus gepökelten Fleischwaren und aus Gemüse und Salaten aus Treibhauskulturen.

Nitrat wird im Mund zu Nitrit umgewandelt und im Magen zu Nitrosaminen, die krebs-erzeugend wirken können.

Bei Säuglingen kann dieser Schadstoff zudem zu mangelndem Sauerstofftransport im Blut, der sog. Blausucht führen.

Diese kann lebensbedrohlich sein.

Man geht davon aus, daß Wasser mit Nitratgehalten von mehr als 10 mg/l nicht mehr zur Zubereitung von Säuglingsnahrung, bei mehr als 25 mg/l auch nicht für Erwachsene verwendet werden sollte.



Gabriele Koslowski wird mit Beginn des neuen Jahres Gemeindevertreterin der BUNTEN LISTE.

Sie rückt für Peter Lange nach, der aus beruflichen Gründen ausscheidet. Damit ist die BUNTE LISTE die erste und einzige Fraktion mit einem Frauenanteil von exakt 50%. Immerhin.



BUNTE LISTE INFO

Redaktion:
Gabriele Koslowski,
Beiseförth
Heinz Schneider,
Malsfeld
Volker Heymann,
Ostheim

Was kann getan werden ?

Auf lange Sicht kann nur die Rückkehr zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft zu gesundem Trinkwasser und wenig belasteten Lebensmitteln verhelfen.

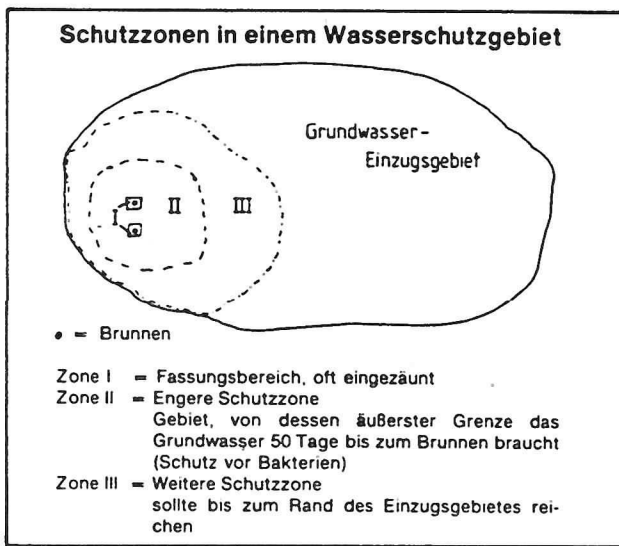
Dieses Ziel zu verfolgen kann aber nicht heißen, auf kurze und mittlere Sicht untätig zu sein.

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um in unserer Gemeinde schnellstens zu einer weitgehenden Reduzierung der Schadstoffe im Wasser zu kommen.

Die BUNTE LISTE will deshalb ein umfassendes **Trinkwassersanierungsprogramm** für unsere Gemeinde verwirklichen.

Die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte eines solchen Programms möchten wir Ihnen hier vorstellen.

Wichtigste Forderung ist die Ausweitung der Trinkwasserschutz-zonen auf das gesamte Einzugsgebiet der Brunnen.



Innerhalb der gesamten Schutzzonen ist die landwirtschaftliche Nutzung einzuschränken, insbesondere auf Mineraldünger und Pestizide zu verzichten.

Hierzu hat die Gemeinde die Möglichkeit, muß aber dann Ausgleichszahlungen an die betroffenen Landwirte leisten.

Langfristiger Bestandteil eines solchen Programms müßte die grundsätzliche Förderung des ökologischen Landbaus im gesamten Gemeindegebiet sein.

Natürlich sind solche Dinge "Zukunftsmusik", aber dennoch müssen sie angepackt werden.

Für einen mittelfristigen Zeitraum von mindestens 20 Jahren sind jedoch unbedingt "Reparaturmaßnahmen" erforderlich, um den bereits angerichteten Schaden zu begrenzen.

Fortsetzung auf Seite 4

 UNSER PROGRAMM ZUR TRINKWASSERSANIERUNG

Fortsetzung von Seite 3Brunnen Ostheim ebenfalls ausscheiden ?

Erste Schritte zur Sanierung des Brunnens Ostheim hat die Gemeindevertretung eingeleitet (Landankauf in Schutzzonen). Dennoch wird die intensive landwirtschaftliche Nutzung der Umgebung zunächst zu weiter ansteigenden Nitrat- und Pestizidwerten führen.

Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, auch diesen Brunnen bald aus der Trinkwasserversorgung auszuschneiden - solange, bis die oben genannten langfristigen Maßnahmen Ergebnisse zeigen.

Die Alternative zum ADAC

Der VCD ist der Verkehrsclub für alle umweltbewußten Verkehrsteilnehmer.

Am Montag, den 28.1..91, findet in Wabern die Gründung eines Kreisverbandes statt.

Auskünfte erteilt:
Volker Heymann, Ostheim
Tel.: 05661/2858

Verkehrsclub der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Kalkuhlstraße 24
5300 Bonn 3
☎ (0228) 444144



Ist dies überhaupt möglich ?
Theoretisch ja, denn die Tiefbrunnen Klausbach und Dagobertshausen wären in der Lage, annähernd 200.000 cbm Wasser im Jahr zu fördern.
Der derzeitige Verbrauch in der Gemeinde liegt bei ca. 220.-230.000 cbm.

Die Gemeinde sollte also

- die technischen Voraussetzungen für ein Abschalten des Brunnens Ostheim schaffen
- einen verbrauchshemmenden, progressiven Gebührentarif einführen
- Regen- und Grauwasseranlagen in Privathäusern finanziell fördern
- solche Anlagen in Gemeindehäusern einbauen.

Zu diesem Komplex hat die BUNTE LISTE bereits einige Anträge gestellt, die aber abgelehnt oder noch nicht endgültig behandelt wurden.

Wir denken aber, daß auch bei den anderen Fraktionen das Problembewußtsein heute ein anderes ist als noch vor einem Jahr.

Wasserverbrauch verringern !

Damit sind wir bei einem weiteren Kernpunkt unseres Programms: der Trinkwasserverbrauch soll in wenigen Jahren um ca. 20 - 30%, langfristig noch weiter gesenkt werden. Spätestens hier ist das Engagement jedes einzelnen gefragt.

Möglichkeiten zur Einsparung sind zuhauf vorhanden. Neben der einfachen Formel "weniger verbrauchen" ist vor allem der Ersatz von hochwertigem Trinkwasser durch Regenwasser oder leicht verschmutztes Wasser ("Grauwasser") relativ einfach zu realisieren.

Wenn man bedenkt, daß allein 25-30% des Trinkwassers durch die Toilettenspülungen rauschen, erscheint diese These nicht allzu gewagt.

Ein Wort zum Geld

Zur Frage der Wassergebühren haben wir ja in der Vergangenheit schon oft Artikel veröffentlicht.

Wir haben immer wieder nachgewiesen, daß die Gebühren durch den Ansatz kalkulatorischer Kosten höher sind als zur tatsächlichen Kostendeckung notwendig. Wir sind mit der Wahlaussage angetreten, eine Senkung der Gebühren zu beantragen.

Ersteres stimmt nach wie vor. Nachdem uns jedoch das Ausmaß der künftigen Aufgaben nach und nach bekannt wird, halten wir eine Senkung der Gebühren nicht mehr für vertretbar. Hier gilt der Grundsatz: Gesundheit geht vor Geld.

Wir sind sicher, daß Sie, liebe Leserinnen und Leser, das nicht anders sehen. Die Umsetzung unseres Trinkwassersanierungsprogramms wird sogar einen steigenden Wasserpreis erfordern. Dies wollen wir nicht verschweigen.

Ein Urteil zu unseren Vorschlägen müssen sie sich selbst bilden.

Ihre Meinung interessiert uns. Wir wollen sie auch gern ausführlicher informieren.

Deshalb laden wir Sie ein zu einem

BÜRGERGESPRÄCH

zum Thema: Trinkwasser heute
& morgen

am: 13. Februar (Aschermittwoch)

um: 20⁰⁰ Uhr

in: Beiseförth - Parkcafe

Sandweg Malsfeld - ein Schildbürgerstreich

Seit mehr als einem Jahr ein Ärgernis ist der Sandweg im OT Malsfeld. Solange nämlich ist die Straße bereits eine Baustelle - und passiert ist seit Monaten nichts mehr.

Dabei gibt es eine Planung, die eine Verkehrsberuhigung und den Bau eines Bürgersteigs vorsieht.

Nur: Papier ist geduldig, gebaut wird noch nicht.

Der Kreis als zuständiger Bauträger hat vor wenigen Wochen ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Dieses wird als bürokratischer Hürdenlauf die Fertigstellung um Monate oder Jahre verzögern.

Auto- geht vor Bürgerrecht

Der Grund dafür ist lapidar: Den Eigentümern des Eckgrundstücks Lindenstr. soll ein erheblicher Teil ihres ohnehin kleinen Gartens weggenommen werden. Hochdotierte Experten haben nämlich errechnet, daß die Kurve zur Einfahrt in den Sandweg zu eng wird.



Verwundert reibt sich der Beobachter die Augen: Jahrzehntlang reichte der vorhandene Kurvenradius aus - bei nicht verkehrsberuhigter Straße!

Jetzt soll die Straße verkehrsberuhigt werden, und damit schmaler.

Mit einer Pflasterung sollen die Autos gar davon abgehalten werden, in den Sandweg einzufahren. (optische Bremse) Aber die Einfahrt muß gleichzeitig breiter werden.

Absurder, so unsere Meinung, geht es nicht mehr!

Über derartige Streiche könnte man lachen. Wenn es nicht so traurig wäre.

Da sollen Bürger enteignet werden (nur deshalb gibt es ein Planfeststellungsverfahren), Steuergelder werden verpulvert. Und auf der Strecke bleiben die Bürgerrechte!



BÄÄÄH- WILFRIED, WILFRIED!
DIE BUNTEN UND DIE SPD
WOLLEN MIR MEINE WAFFEN
WEGNEHMEN !!

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist (erst) die zweite Ausgabe unserer Zeitung seit der letzten Kommunalwahl.

Die Gründe dafür, daß wir uns so rar machen, sind hauptsächlich finanzielle. Unsere bisherigen Ausgaben wurden in der Druckerei der DKP in Kassel gedruckt. Dies kostete uns nur ca. 120 DM je Ausgabe.

Inzwischen ist viel passiert. Besagte Druckerei existiert nicht mehr. Die DKP Malsfeld hat sich vor über einem Jahr aufgelöst.

Die Arbeit der BUNTEN LISTE ist vom Zerfallsprozeß dieser Partei nicht berührt.

Mit einer Ausnahme: Beim Druck unserer Zeitung sind wir nun auf den freien Markt angewiesen. Und dort sollte eine Zeitung 7-800 DM kosten.

Wir haben eine Druckerei gefunden, die uns sehr günstige Konditionen eingeräumt hat. Dennoch kostet uns diese Ausgabe über 500 DM.

Das Geld stammt aus Spenden von Mitgliedern und Freunden der BUNTEN LISTE.

Unsere beiden Gemeindevertreter haben ihre gesamten Sitzungsgelder gespendet. Besonders möchten wir uns an dieser Stelle für die 100.- DM bedanken, die ein Beiseförther Bürger spendete, "damit die Zeitung wieder erscheint".

Wenn auch Sie mithelfen möchten:
Die BUNTE LISTE hat das Konto
3004570 bei der aiffeisenbank
Malsfeld

**Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,**

die Themen Containerbahnhof und Autobahnzubringer erhitzen nach wie vor die Gemüter.

Hier werden Entscheidungen auf höherer Ebene über die Köpfe der Betroffenen und auch über die Köpfe der Gemeindevertreter hinweg gefällt.

Die Landesregierung betreibt besonders im Fall "Zubringer" eine Geheimhaltungspolitik gegenüber den Bürgern.

Wir sollen vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Daß der Containerbahnhof so und nicht anders gebaut wird, ist letztlich darauf zurückzuführen, daß eine verfehlte Verkehrspolitik in Bonn die Bundesbahn unter wirtschaftlichen Druck setzt.

Die Bahn steht vor der Wahl: die billige Lösung oder gar keine.

Eine perspektivisch angelegte Verkehrspolitik sähe in diesem Fall anders aus.

Eine langfristige Wiedereröffnung der Kanonenbahn wäre so notwendig wie der Bau der Verladestation an eben dieser.

Der Autobahnzubringer wird durch diesen Containerbahnhof auf jeden Fall vollkommen überflüssig.

Dennoch soll er gebaut werden.

Wir denken, daß diese Landesregierung bis zur Wahl wartet, um dann die längst gefallene Entscheidung zu verkünden.

Wir lehnen den Autobahnzubringer in jedem Fall kompromißlos ab!

Wir werden uns dagegen wehren, so gut es geht.

Dennoch sehen wir die einzig realistische Chance zur Verhinderung dieses Projekt in einem Regierungswechsel in Wiesbaden.

Ohne Rot-Grün in Hessen ist der Zubringer in Malsfeld nicht abzuwehren.

**Wer CDU und FDP nach Wiesbaden wählt,
wählt den Autobahnzubringer nach Malsfeld!**

Da die FDP auch in einer denkbaren Koalition mit der SPD dieses Projekt nicht aufgeben würde, bleibt den Gegnerinnen und Gegnern des Zubringers als sinnvollste Alternative:

Am 20. Januar den GRÜNEN die Zweitstimme

Ihre BUNTE LISTE

Gemeindehaushalt 1991 - so nicht !

Ohne die Stimmen der BUNTEN LISTE wurde der Haushaltsplan 1991 beschlossen. Unsere wichtigsten Gründe, dem Zahlenwerk nicht zuzustimmen, sind:

1. Seit Jahren sind die Investitionen in die Infrastruktur der Ortsteile ungerecht verteilt:

Ortsteil	Anteil an Invest.	
	1988-90	1991
Malsfeld	72,7%	34,9%
Beiseförth	21,2%	42,6%
Elfershausen	0,6%	9,4%
Dagobertshausen	1,8%	6,0%
Ostheim	3,0%	3,9%
Mosheim	0,3%	3,2%
Sipperhausen	0,2%	0,0%



Mehr Geld fürs Hochland - z.B. für einen Dorfplatz in Ostheim

Wir fordern, daß in Zukunft die Investitionen nach einem Einwohner-schlüssel auf die Ortsteile verteilt werden. Die jahrelange Benachteiligung der "Hochlandorte" muß aufhören. Ein Dorfentwicklungsplan für diese Orte muß erstellt werden.

2. Die von uns beantragte Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes wurde abgelehnt. Die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne hat sich 1990 durch die Steuerreform um 5% verringert. Die Anhebung hätte bedeutet, daß diese Ersparnis, zugunsten der Gemeindekasse, sich um 1/10(!) verringert hätte.
3. Unsere Forderung nach einer Beteiligung aller Fraktionen an der Aufstellung des Haushaltsplans wurde abgelehnt. Dagegen: SPD Dafür: BUNTE, CDU; FWG; FDP
Kommentar? - überflüssig !

HESSEN-WAHL SPEZIAL

Hessen braucht die Grünen

Die Republik
ist schwarz genug

Wahlaufruf
der GRÜNEN HESSEN
zur Landtagswahl am
20. Januar 1991,
beschlossen von der
Landesmitgliederversammlung
am 9.12.90
in Hüttenberg-Rechtenbach

Bei der hessischen Landtagswahl am 20. Januar 1991 geht es um die Zukunft der GRÜNEN. Das Ergebnis wird darüber entscheiden, ob die neue Republik in den 90er Jahren mit oder ohne die GRÜNEN stattfindet. In Hessen muß der Regierungskoalition auf Bundesebene eine handlungsfähige Reformalternative entgegengestellt werden. Gegenüber den zentralistischen Plänen der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, die Bundesländer zu zerstören und einige neue Großbundesländer am Reißbrett zu schneiden, sagen die GRÜNEN: Wir stehen zu Hessen. Den Wallmann-Plänen eines Hessen-Thüringen erteilen wir GRÜNEN eine klare Absage.

Das Scheitern der GRÜNEN im Westen bei der Bundestagswahl hat auf schmerzliche Weise deutlich gemacht, daß die Sache der GRÜNEN, die Ökologie, die Bürgerrechte, die Frauengleichberechtigung und die Solidarität mit den Benachteiligten in Gefahr ist. Die Inhalte der GRÜNEN sind aktueller denn je. Wir GRÜNEN müssen uns selbst ändern, wenn wir glaubhaft die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändern wollen. Wir in Hessen werden die Konsequenzen daraus ziehen.

DIE GRÜNEN Hessen stehen seit Jahren für eine ökologische und soziale Reformpolitik. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, um unsere politischen Ziele selbst durchzusetzen. Wir haben in zahlreichen Städten, Kreisen und Gemeinden unter Beweis gestellt, daß grüne Regierungsverantwortung bei den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen genießt.

DIE GRÜNEN in Hessen — wichtiger denn je

Mittlerweile haben alle Parteien das Thema Umwelt aufgegriffen. Bloße Reparaturen der Umweltschäden reichen aber nicht aus. Die Bekämpfung der globalen ökologischen Katastrophen duldet keinen Aufschub und ist mit Halbherzigkeit nicht zu machen. Der notwendige Umbau der In-

dustriegesellschaft hin zu einer ökologischen Wirtschaftsweise braucht mehr als eine unverbindliche Floskel in der Hessischen Verfassung. DIE GRÜNEN Hessen haben als erste ein Klimaschutzprogramm mit weitreichenden Maßnahmen für die Energie- und Verkehrspolitik vorgelegt. Dessen zügige Umsetzung muß nach dem 20. Januar beginnen.

DIE GRÜNEN Hessen sind es, die mehr Demokratie wagen und Bürgerrechte einfordern, vom sicheren Datenschutz über Einsicht in Umweltakten bis zur Bürgermitbeteiligung. DIE GRÜNEN Hessen stehen für eine soziale, humane und menschenwürdige Einwanderungspolitik. Dazu gehört auch die überfällige Schaffung demokratischer Beteiligungsrechte für Nichtdeutsche. DIE GRÜNEN Hessen setzen sich für eine konsequente Entmilitarisierung und die Schaffung ziviler Arbeitsplätze ein.

DIE GRÜNEN wollen eine kinderfreundliche Schule, die auf die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

In der Frauenpolitik sind nur DIE GRÜNEN glaubwürdig: Wir sind für die tatsächliche Parität der Geschlechter und praktizieren sie. Unsere Kinderpolitik umfaßt den Ausbau von qualitativ

guten Kindertagesstätten sowie eine rücksichtsvolle Verkehrs- und Wohnungsgestaltung.

Alte Menschen und Arme brauchen ein würdiges Leben. Deshalb wollen DIE GRÜNEN eine Mindestrente und eine bessere pflegerische Versorgung durch den Ausbau ambulanter Dienste.

Wallmann abwählen

Die jetzige CDU/FDP-Landesregierung ist nach vier Jahren glanzlos gescheitert. Hessen ist heute in keinem Politikbereich führend, bestenfalls bei den Skandalen. In zentralen Bereichen der Landespolitik wie z.B. Bildung, Umwelt, Wohnen und Wirtschaft herrscht biederer, zäher Vollzug, der durch Propaganda vertuscht wird. Innovation und Kreativität ist nicht Sache dieser Landesregierung, weil sie nicht gestaltet, sondern nur regiert.

An den Schulen sind die Klassen noch größer geworden, von der grünen Forderung nach einer Klassengröße von 25 Kindern pro Klasse sind wir weit entfernt. Unterricht fällt ständig aus. Die Bio-Tonne wird jetzt propagiert, wäh-

rend sie vor vier Jahren, als Joschka Fischer sie durchsetzen wollte, verteuert wurde.

1989 wurden gerade noch 1.317 Sozialwohnungen vom Land gefördert, während dies 1986 noch 3.362 waren.

Die Behauptung, Hessen sei heute wirtschaftlich Numero Eins, ist falsch. Dies zeigt sich unter anderem an den zurückgehenden Zahlungen an andere Bundesländer. Doch damit nicht genug:

CDU und FDP haben während ihrer Regierungstätigkeit jede Menge große und kleine Skandale produziert, gegen die sich die vormalige rot-grüne Regierung in ihrem schwierigen Anlauf ausnahmslos als rechtsstaatlich erwies. Von den kriminellen Machenschaften des Hanauer Atomskandals, die zugunsten der CDU vertuscht wurden, über den gescheiterten Versuch, unter Täuschung der Öffentlichkeit die Diäten der »armen« Abgeordneten zu erhöhen, bis zum Abhörskandal, der zum Rücktritt des Innenministers führte: Hessen wurde von CDU und FDP als Beute angesehen, die auch unter Bruch des Rechts verteidigt wird. Sie sorgten für die Schlagzeilen, die sie zu vermeiden angetreten waren.

Dabei waren ohne jeden Zweifel DIE GRÜNEN Hessen in den letzten vier Jahren mit Joschka Fischer und Iris Blaul an der Spitze die seh- und hörbare Oppositionspartei im Landtag, die auch oft genug die alte Staatspartei SPD noch mit auf Trab bringen mußte.

DIE GRÜNEN Hessen treten zu dieser Wahl mit dem Ziel an, Wallmann abzuwählen.

DIE GRÜNEN müssen die dritte Kraft in Hessen bleiben. Jede Zweitstimme für DIE GRÜNEN ist auch eine Stimme gegen die Neuaufgabe von Sozialliberal in Hessen.

Entscheiden wir mit unserer Stimme über die Zukunft der GRÜNEN.

Hessen ist anders — Hessen wählt grün.

Schorsche kommentiert:



Liebe Malsfelderinnen, liebe Malsfelder,

das vergangene Jahr war ja auch in der Kommunalpolitik von turbulenten Ereignissen geprägt. Besonders hart erwischt hat es wohl die CDU, die nach eigener Aussage eine "Abstimmungskatastrophe" erlitten hat. Die war so schlimm, daß die Christdemokraten sogar beim Verteidigungsministerium gepetzt haben.

Noch mehr geschockt hat es die "C"-Partei, daß sogar nicht wenige engagierte Kirchenmitglieder meinten, Panzer und MP's seien in Malsfeld nicht unbedingt erforderlich. Dem Vernehmen nach will die CDU Malsfeld deshalb jetzt an höchster Stelle die Streichung pazifistischer Textstellen in der Bibel sowie die ersatzlose Aufhebung des 7. Gebotes beantragen.

Aber auch andere Themen wie Containerbahnhof und Autobahnzubringer bewegen die Gemüter. Ich mußte feststellen, daß dies sogar Auswirkungen auf die Urlaubsplanung mancher Zeitgenossen hat. Bei meiner Sylvesterfete eröffnete mir ein guter Bekannter: "Du Schorsche, ich habe für den Sommer einen Abenteuerurlaub gebucht!".

"Nanu", sage ich, "dies Jahr nicht nach Bibione zu Surfen?". "Nee", sagt er "das ist doch vollkommen out! Ich mach dies Jahr Survival-Training" "Wohin gehts denn" frage ich und sehe ihn in Gedanken schon mit einem Messer im Mund durch die Wüste Gobi kriechen, um eine Kröte fürs Mittagessen einzufangen.

Er muß meine Gedanken wohl erraten haben. "Nicht Wüste oder so", lacht er, "sondern was ganz neues! Der moderne Mensch stellt sich rechtzeitig auf künftige Lebensbedingungen ein. Das ist ja der Sinn des Überlebenstrainings! Was soll ich in der Wüste? Die kommt so schnell nicht nach Malsfeld".

Jetzt werde ich erst recht neugierig. Unruhig rutsche ich auf dem Stuhl hin und her. Meinem Kumpel entfährt ein süffisantes Lächeln. "Das errätst du sowieso nicht. Ist nämlich der letzte Schrei. Ich habe den brandneuen ADAC-Survival gebucht. Eine Woche zelten auf dem Mittelstreifen der Autobahn beim Gambacher Dreieck!"

Jetzt fällt mir die Kinnlade runter. Ich muß wohl reichlich dumm aus der Wäsche gucken, denn er schaut mich mißbilligend an. "Weißt du, Schorsche, man muß sich doch abhärten für die Dinge, die einem schon bald erwarten. Man muß sich der Zukunft stellen. In ein paar Jahren fahren bei uns hunderte Lkw am Tag zum Containerbahnhof und Tausende auf dem Autobahnzubringer. Dafür muß man trainieren!

Mir werden jedenfalls Abgase und Lärm nichts mehr ausmachen. Wer auf dem Mittelstreifen des Gambacher Dreiecks ruhig schläft, der kann das auch in Malsfeld im Jahr 2000!"

Nun war ich vollkommen perplex.

"Aber meinst du, eine Woche Autobahn reicht?" frage ich vorsichtig.

Ihn bringt das aber nicht aus der Fassung. "Ich absolviere noch mein privates Vorsorgeprogramm", sagt er "bevor ich morgens zur Arbeit fahre, lasse ich mein Auto zehn Minuten bei geöffnetem Fenster und geschlossener Garagentür laufen. Das härtet auch ganz gut ab!"

Nun bin ich natürlich ernsthaft am Überlegen, ob ich nicht auch so einen Kurs belege. Da ich aber die Hoffnung nicht so schnell aufgeben will, ich erst den Ausgang der Landtagswahl abwarten.

Sollte die CDU gewinnen, wird mir wohl nichts anderes übrig bleiben, als beim ADAC anzurufen.

Das meint jedenfalls

Ever Schorsche